

Gespaltenes Europa: politischer Unmut und soziale Ungleichheiten

Christian Lahusen

Christian Lahusen: lahusen@soziologie.uni-siegen.de

Die Europäische Union (EU) spaltet die öffentliche Meinung mehr denn je zuvor. Dies betrifft nicht nur die politischen Eliten, sondern auch die Bevölkerung der Mitgliedsländer. Neben den Menschen, die sich positiv über die EU äußern, haben auch viele deutliche Vorbehalte oder sprechen sich explizit gegen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU aus. Der Vortrag widmet sich dieser ‚Politisierung‘ der europäischen Bürgerschaft. Im Zentrum stehen nicht nur die Fragen, wie die Bevölkerung Europas zur Europäischen Union steht und ob die diesbezüglichen politischen Differenzen auf soziale Spaltungslinien zurückzuführen sind. Es soll vor allem geklärt werden, ob die Menschen die sozialen und politischen Verhältnisse, in denen sie leben, in gesamteuropäischen Dimensionen wahrnehmen und beurteilen. Es geht letztlich um die Frage nach der kognitiven Europäisierung des politischen Denkens.

Der Vortrag möchte zeigen, dass die politischen Einstellungen der Menschen heute tatsächlich europäisch geprägt sind. Sie haben sich nicht nur eine mehr oder weniger eindeutige Meinung über die EU und die Europapolitik gebildet. Wesentlich folgenreicher ist der Befund, dass die Europäerinnen und Europäer die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in ihrem unmittelbaren Umfeld aus einer gesamteuropäischen Perspektive heraus beurteilen. Wer meint, dass die Lebensverhältnisse in anderen Ländern besser seien, ist bspw. auch mit den politischen Zuständen im eigenen Land deutlich unzufriedener. Gleichzeitig kann gezeigt werden, dass die politischen Konfliktlinien zwischen EU-skeptischen und -freundlichen Lagern weitestgehend auch gesellschaftlichen Spaltungslinien zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Bevölkerungsgruppen, Regionen und Ländern entsprechen. Damit scheint die Zukunft des europäischen Projektes von der Lösung gesellschaftlicher Spaltungslinien abzuhängen. Immerhin hat die EU selbst das Versprechen abgegeben, für die Verbesserung und Angleichung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse einzutreten. Offensichtlich nehmen die Menschen dieses Versprechen ernst und haben es als Bewertungsmaßstab für die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Europa akzeptiert.

Ungleiche Europas – von den Grenzen aus gedacht

Manuela Boatcă

Manuela Boatcă: manuela.boatca@soziologie.uni-freiburg.de

Die Art und Weise, wie sich Europa selbst erzählt, ist durch die Entstehung und spätere Erweiterung der Europäischen Union stark geprägt. Die EU-Erweiterung hat das Etikett „Europa“ schrittweise monopolisiert, sodass nur die jetzigen 28 Mitgliedstaaten als „europäisch“ gelten und in den Begriff inkludiert werden. Beitrittsverhandlungen zur EU werden konsequent als „Europäisierung“ dargestellt, unabhängig von der geografischen Verortung der Beitrittskandidaten auf dem europäischen Kontinent, von der Osterweiterung 2004 bis zum Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 sowie Kroatiens 2008.

Das Konzept „Europa“ hatte jedoch nie einen bloßen geographischen Gehalt, sondern hat immer sowohl die Geopolitik als auch die Epistemologie verschiedener historischer Konstellationen widerspiegelt. Mit der Selbsterzählung der Europäischen Union entsteht auch ein Zivilisierungs-Diskurs, der die EU an die Spitze einer Wertehierarchie setzt, die sich aus dem historischen Erbe und der gegenwärtigen politischen Rolle ihrer – als vorbildlich imaginierten – Mitgliedsstaaten ableitet. Die symbolische Repräsentation des europäischen Kontinents übersetzt den Zivilisierungsdiskurs in eine „moralische Geographie“: je später der Beitritt zur Europäischen Union, desto fragwürdiger oder mangelhafter der Zivilisierungsgrad.

Der Vortrag baut auf einem Begriff von multiplen und ungleichen Europas auf, der im Kontext der EU-Osterweiterung entwickelt wurde, um die Definition von Europa um die heutigen „Überseeterritorien und -gebiete“ der EU in der Karibik und dem Atlantischen und Indischen Ozean zu erweitern. Während diese Gebiete systematisch als abwesend und undenkbar innerhalb des EU-Diskurses produziert werden, trägt der Perspektivwechsel, der durch ihre Berücksichtigung stattfindet, dazu bei, sowohl die Reichweite der Definition Europas und der Europäischen Union als auch die historischen Gründe ihrer gegenwärtigen ökonomischen und politischen Krisen zu beleuchten.

„Starker“ Staat und „starke“ Nation. Nationalismus als Transformationsideologie in Ost-Europa

Helmut Fehr

Helmut Fehr: fehrhelm@gmail.com

In osteuropäischen Elitendebatten werden normative Rahmendeutungen über Europa als Maßstäbe für „Entwicklung“, Modernisierung und plurale Lebensweisen zunehmend durch negative Utopien und Topoi des politischen Autoritarismus ersetzt; vor allem durch Bezugnahme auf Leitbilder eines „starken“ Staates, auf nationale „Größe“ und auf „außerordentliche Staatsmänner“, wie den früheren ungarischen „Reichsverweser“ Horthy oder Piłsudski als Prototyp des nationalen „Liders“. Diese gipfeln in Beschwörungen charismatischer Eigenschaften „starker“ Politiker, die sich gestern und heute jeder Bedrohung unabhängiger Nationen widersetzen. In den politischen Diskursen werden auch Fragen nach dem Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus aufgeworfen, die quer zur „Landnahme“ durch Eindringen neoliberaler Strategien „von außen“ liegen. Die Einstellungen der neuen politischen Führungsgruppen schwanken zwischen ungeklärten Vorstellungen des ethnischen Nationalismus und eines „simulierten“ Kapitalismus (L. Ludwig 2007), die auf Legitimationsprobleme hindeuten. Sie sind eng mit Fragen zur Aushöhlung von legalen Rahmenbedingungen für Demokratie verbunden: 1. Wie werden Ideologeme des ökonomischen Wachstums mit Mentalitäten eines „simulierten“ Kapitalismus verknüpft? 2. Welche Perspektiven der Restrukturierung von Wirtschaft durch den „arbeitsorientierten“ Staat (Orbán) und Morawiecki-Plan werden aufgeworfen? 3. Wie wird die Rolle des „starken Staats“ als Institution zur Krisenbewältigung bestimmt? 4. Wie werden Einstellungsmuster des Wirtschaftsnationalismus, des „Wirtschaftspatriotismus“ und der „negativen Europäisierung“ erörtert? Ich beziehe mich auf schriftliche Dokumente (ausgewählte Reden von Akteuren, Interviews, Artikel), die während der letzten Jahre in Printmedien erschienen sind, insbesondere in polnischen und ungarischen Zeitungen und Zeitschriften.

Die imaginierte Transformation Europas: Zur Rolle des Utopischen in der europäischen Förderpolitik

Sebastian M. Büttner, Vincent Gengnagel

Sebastian M. Büttner: sebastian.buettner@fau.de, Vincent Gengnagel: vincent.gengnagel@hu-berlin.de

Utopische Zukunftskonzeptionen und transformative Entwicklungsvisionen spielen in der politischen „Governance“ von Gegenwartsgesellschaften keine geringe Rolle. Dies zeigt sich insbesondere an der Förderpolitik der Europäischen Union, die in einem hohen Maße von ehrgeizigen Entwicklungszielen und transformativen Entwicklungsnarrativen angeleitet wird. Hier wird zum einen die Vision einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation beschworen, nach der Europa in eine weltweit vorbildliche „inklusive“ und „nachhaltige“ Wissensgesellschaft überführt werden soll. Diese ehrgeizigen sozialen und ökologischen Zielsetzungen werden zum anderen mit nicht minder ehrgeizigen ökonomischen Wachstumszielen verknüpft, die der Erreichung der sozialen und ökologischen Ziele zum Teil diametral gegenüberstehen. In Anlehnung an die Konzeption der Instituierung von Cornelius Castoriadis und an Pierre Bourdieus politische Soziologie gehen wir in diesem Beitrag dem Verhältnis von utopischer Selbstüberforderung und realpolitischer Verengung auf ökonomische Ziele und deren neo-bürokratische Umsetzung in der EU-Förderpolitik nach. Ziel ist es, die Spielräume politischer Steuerung und transformativer Gesellschaftsgestaltung auszuloten: Inwieweit lässt sich gesellschaftlicher Wandel überhaupt strategisch planen und bürokratisch steuern? Wir vertreten die These, dass die Europäische Union im Kampf um politische „Benennungsmacht“ (Bourdieu) in hohem Maße auf allgemeinen Entwicklungsvisionen und utopischen Imaginationen setzt. Diese „imaginären Bedeutungen“ (Castoriadis) werden in der Regel nicht von der EU-Bürokratie selbst erzeugt, sondern entstammen ganz wesentlich den intellektuellen und wissenschaftlichen Diskursen um soziale und ökologische Entwicklung. Bei der Übersetzung dieser Imaginationen in konkrete Maßnahmen und Programme ergeben sich Verwässerungen, aber auch politische Umdeutungen der ursprünglichen utopischen Sinngehalte. Hier besteht die Gefahr, dass die Europapolitik an sich selbst scheitert – vor allem dann, wenn Europa nicht mehr als Projektionsfläche für positive gesellschaftliche Entwicklung wahrgenommen wird und sich die utopischen Versprechen neuer nationalistischer Populismen in den Vordergrund drängen.

Valorisierung und Krisen von Austausch in Europa: Das Beispiel von Städtepartnerschaften

Andreas Langenohl

Andreas Langenohl: andreas.langenohl@sowi.uni-giessen.de

Der Vortrag befasst sich mit einem Aspekt des sozialen Transnationalismus in Europa, der bislang in der Forschung wenig Aufmerksamkeit fand: Städtepartnerschaften, insbesondere solche zwischen kleineren Städten, die der Vortragende durch Methoden qualitativer Sozialforschung zum Gegenstand der Analyse macht. Die Frage lautet, welche Formen und Aspekte transnationalen Austauschs in solchen Städtepartnerschaften betrieben und von PraktikerInnen valorisiert werden.

Der theoretische Rahmen rekonstruiert die Konzepte von ‚Austausch‘ und ‚Wert‘ entlang anthropologischer und sozialtheoretischer Debatten, die sich in Auseinandersetzung mit Marcel Mauss' *Essai sur le don* formiert haben. Dieser Diskussion zufolge entsteht Wert als Effekt sozialer Koordinationsweisen, die bestimmte Formen von Austausch unterhalten, in denen der utilitäre und der normative Aspekt des Gabentauschs eine spezifische Ligatur eingehen und zu situativen Strukturen führen, in denen Normen freiwillig angenommen und positiv bewertet werden können. Es wird argumentiert, dass Austauschpraktiken im Rahmen von Städtepartnerschaften – also die Zirkulation von Personen, Objekten und Symbolen über nationalstaatliche Grenzen hinweg und mit dem Effekt der Ermöglichung spezifischer Formen transnationaler Lokalisierung in den beteiligten Städten – diesem Verständnis von Austausch entsprechen bzw. dass ein solches Verständnis eine wichtige regulative Idee städtepartnerschaftlichen Austauschs bildet.

Damit nehmen Städtepartnerschaften eine potenziell paradigmatische Bedeutung für ein Verständnis von transnationalen Austauschprozessen an, das politisch-theoretische und empirisch-soziologische Dimensionen bündelt und für die Europäische Union als ein politisches Projekt, welches dezidiert auf einer Valorisierung von Tausch und Austausch beruht, eine heuristische wie evaluative Perspektive entwirft. Zugleich zeigt das empirische Material, dass PraktikerInnen in Städtepartnerschaften Kritiken an bestimmten Aspekten institutioneller europäischer Integration formulieren, die auch von sozialtheoretischen Perspektive aufgegriffen werden könnten.